Nr. 128

DAS ROTE TUCH

13. März 2020
Preis: 0,50 €

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotzkistisch)

Corona: Eine Epidemie in einer kranken Gesellschaft

Man kann diese zynischen Reden der Regierung nicht mehr hören, dass Deutschland angesichts des neuartigen Coronavirus „gut vorbereitet" sei. Wie denn? Seit Jahren hat die Regierung das Gesundheitswesen kaputtgespart. Immer wieder haben Klinikbeschäftigte mit Aktionen und Streiks Alarm geschlagen und mehr Personal gefordert: Denn schon unter „normalen" Bedingungen klappt es nur deshalb gerade noch so, weil alle bis an den Rand der Erschöpfung arbeiten. Und ein System, das so zusammengespart wurde, kann keinerlei Ausnahmezustände verkraften.

Schon bei den üblichen Erkältungswellen müssen Stationen geschlossen werden, weil kein Personal mehr da ist. Was würde erst passieren, falls es eine ernsthafte Epidemie gibt, mit zehntausenden Infizierten? Und nun, in der Corona-Krise gibt es sofort Milliarden-Hilfspakete für das Kapital, aber nur aufmunternde Worte für das Krankenhauspersonal. Schlimmer noch: Während deutlich wird, dass man zum Infektionsschutz deutlich mehr Einzelzimmer und Intensivbetten bräuchte, werden von der Regierung weiter Stationen und Krankenhäuser geschlossen… weil wir „überversorgt" wären! Diese verantwortungslose Sparpolitik wird uns vielleicht bald teuer zu stehen kommen.

Dabei zählt Deutschland zu den reichsten Staaten der Welt, die noch über viele Mittel verfügen. Sollte sich die Epidemie zum Beispiel in Schwarzafrika, im Nahen Osten oder in Flüchtlingslagern ausbreiten – wo man über viel weniger Möglichkeiten verfügt, die Epidemie einzudämmen und Kranke zu pflegen als in Europa, China oder Südkorea – dann wird das Virus wesentlich schrecklichere und tödliche Folgen haben.

In den armen Ländern sind Millionen Menschen ja sogar den Krankheiten schutzlos ausgeliefert, für die es schon seit Jahrzehnten Medikamente gibt, wie Tuberkulose, Cholera oder Masern – schlicht und einfach, weil sie sich die Medikamente nicht leisten können. Oder sie sterben an Krankheiten wie Malaria oder dem Dengue-Fieber, wo die Pharmaindustrie gar nicht erst in die Erforschung von Medikamenten investiert, weil fast nur arme Menschen von ihnen betroffen sind.
Ja, der Schutz von Menschen und ihrer Gesundheit ist mit der Profitlogik unvereinbar!

Das wird auch bei Corona wieder deutlich. In immer mehr Ländern werden alle Schulen und Unis geschlossen und alle öffentlichen Veranstaltungen abgesagt – also all das, was die Profite zumindest der meisten Konzerne nicht zu sehr schmälert. Aber die Betriebe werden nirgendwo geschlossen – auch nicht in Italien, wo quasi Ausgangssperre herrscht.
Büros arbeiten zwar vielfach von zuhause. Aber in den Fabriken müssen weiter täglich hunderte oder tausende Arbeiter eng beieinander arbeiten. Und zwar nicht, um Lebensmittel oder Medikamente herzustellen, sondern Autos, Handys, Waffen oder Gucci-Taschen – alles Dinge, auf die die Welt problemlos ein oder zwei Monate warten könnte. Aber solange es irgendwie geht, sollen die Bänder weiter laufen… damit der Rubel weiter rollt.

Was uns das Coronavirus außerdem vor Augen führt ist, wie eng die Globalisierung die ganze Welt untrennbar miteinander vernetzt hat. Menschen und Waren können heute in 24 Stunden jeden Teil der Welt erreichen – und das ist ein riesiger Fortschritt.
Doch natürlich können sich ebenso schnell Viren weltweit verbreiten. Und dagegen helfen auch keine Grenzmauern, auch wenn sich die AfD, Trump und Co. nicht zu blöde sind, dies zu behaupten. Viren lassen sich von Grenzen ebenso wenig aufhalten, wie der Eiserne Vorhang die radioaktiven Strahlungen von Tschernobyl aufgehalten hat.

Kein Land kann sich völlig vom Rest der Welt abschotten. Und es würde auch nichts besser machen, im Gegenteil. Dass wir zum Beispiel schon nach zwei Monaten ganz viel über das neue Virus, seine Übertragung und Symptome wissen, es schon Tests und bereits erste Medikamente in der Erprobung gibt – all das liegt doch gerade daran, dass wir nicht nur die Ergebnisse deutscher Labore, sondern die der ganzen Welt zur Verfügung haben.

Wirtschaftlich ist der Virus längst ebenfalls eine weltweite Angelegenheit. Die Quarantäne-Maßnahmen haben überall Folgen. Doch was viel gefährlicher ist: Da die Spekulanten wegen der maroden und kriselnden Weltwirtschaft ohnehin schon nervös waren, hat bereits die Sorge vor größeren Einbußen durch Corona zu einer regelrechten Panik an allen Börsen geführt. Der Absturz ist bereits so massiv, dass alle befürchten, er könne wie 2008 eine weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise auslösen.
Ja, ein Virus – einer der kleinsten lebenden Organismen auf der Welt – könnte eine Weltwirtschaftskrise auslösen! Falls noch jemand einen Beweis brauchte, dass die kapitalistische Wirtschaftsordnung einem Irrenhaus gleicht: Hier ist er.

Und auf eins können und müssen wir uns vorbereiten: Die kapitalistische Klasse wird alles dafür tun, dass wir Arbeitenden diese neue Krise bezahlen. Schon jetzt haben erste Konzerne Entlassungen im Namen von Corona angekündigt.
Die Regierung schnürt ihrerseits erste Hilfspakete. Doch wie immer sollen die Milliarden öffentlicher Gelder nicht die Arbeitsplätze retten, sondern einzig die Dividenden der Aktionäre und die Einkünfte der kapitalistischen Klasse. Nicht einmal die Betriebe, die die Hilfsgelder bekommen, müssen auf Entlassungen und Betriebsschließungen verzichten!

Wenn uns Corona eines erneut ganz deutlich macht, dann wie verantwortungslos und gefährlich der Kapitalismus ist. Um diese Krankheit loszuwerden, muss die arbeitende Klasse ihn stürzen.

Syrien-Türkei - EU: Ein regelrechter Krieg gegen die Flüchtlinge

Es ist ein niederträchtiger Machtkampf auf dem Rücken der Flüchtlinge, den die Türkei und die EU an der türkisch-griechischen Grenze austragen – von beiden Seiten. Auf der einen Seite ist da Präsident Erdogan, der 13.000 Flüchtlinge an die Grenze gelockt hat, um sie als Druckmittel in Verhandlungen über Geld und über Unterstützung im Syrienkrieg zu missbrauchen. Und auf der anderen Seite ist die griechische Regierung, unterstützt von allen EU-Staatschefs, die die Flüchtlingsfamilien bekämpfen, als wären sie feindliche Invasoren!



Die griechische Regierung und Frontex haben ein ganzes Arsenal in Stellung gebracht, mit ultramodernen Drohnen und Kriegsschiffen. Flüchtlingsfamilien werden mit Tränengas und Warnschüssen von der griechischen Grenze weggedrängt. Kriegsschiffe fahren auf offener See so lange um Schlauchboote herum, bis die Flüchtlinge auf diesen Booten entweder Richtung Türkei zurückrudern… oder kentern.

Und wenn es einzelnen Flüchtlingen trotz allem gelingt, bis nach Griechenland zu gelangen, werden sie von der griechischen Polizei geschlagen, ihnen werden Handys und Brieftasche abgenommen - und sie werden in die Türkei zurückgeschickt. Das Völker– und das Asylrecht werden mit Füßen getreten. Und das nennt Innenminister Seehofer „Recht und Ordnung“ an den EU-Außengrenzen wiederherstellen!?

Bislang hat die EU das libysche und das türkische Regime dafür bezahlt, die Flüchtlinge von der EU-Grenze fernzuhalten. Nun aber, wo Erdogan die Abschottung weniger gewissenhaft erledigt, hat die EU dies selber übernommen… und damit endgültig ihre humanitäre Maske abgelegt.

Die AfD jubelt: Endlich wird an den Grenzen die Politik umgesetzt, die sie schon länger fordert. Doch auch fast alle anderen Parteien behaupten, dass dieser Krieg gegen die Flüchtlinge notwendig sei. Dass Chaos über die EU hereinbrechen würde, sollten die Grenzen geöffnet werden. Warum? Bislang hat die Türkei 4 Millionen Flüchtlinge, von denen ein Teil eigentlich nach Europa wollte, in ihrem Land aufgenommen – und das Land ist durch sie keineswegs im Chaos versunken. Warum also sollte das in der EU passieren, die sechs Mal größer und sehr viel reicher ist als die Türkei?

Wenn etwas zu Chaos führt, dann dass sie sie nicht aufnimmt. Nehmen wir nur die griechischen Inseln. Hier herrscht wirklich Chaos, doch warum? Weil alle europäischen Staaten sich weigern, die wenigen Flüchtlinge aufzunehmen, die es in den letzten Jahren doch noch bis nach Griechenland geschafft haben. Und deshalb werden diese fast alle auf den winzigen griechischen Inseln zusammengepfercht, in völlig überfüllten Lagern – was für die Flüchtlinge unerträgliche Zustände schafft, und auch für die Insel-Bewohner.

Eben dies hat es rechtsradikalen Gruppen ermöglicht, sich auf Lesbos auszubreiten. Rechtsradikale Banden errichten Straßensperren, bedrohen, terrorisieren und verprügeln Flüchtlinge und alle, die ihnen helfen: Ärzte, freiwillige Helfer, Journalisten… Ermutigt von dem Vorgehen der griechischen Polizei an der Grenze wollen sie auch auf Lesbos die Flüchtlinge mit Gewalt vertreiben. Und sie üben bereits eine gewisse Macht auf der Insel aus – unterstützt auch von deutschen Rechtsradikalen, die extra nach Lesbos gereist sind.

Erst vor einem Monat, nach dem rechtsradikalen Terroranschlag in Hanau, haben CDU, FDP und SPD vor dem Erstarken des Rechtsradikalismus gewarnt und riefen dazu auf, ihn zu bekämpfen. Doch mit ihrer Politik gegen die Flüchtlinge tragen sie aktiv dazu bei, die AfD und die rechtsradikalen Terror- und Schlägergruppen zu stärken.

Die Hauptverantwortung der großen europäischen Staaten wie auch der USA liegt jedoch darin, dass ihre imperialistische Machtpolitik auf der Welt so viele Kriege auslöst und so viel Chaos anrichtet – und eben dadurch immer mehr Menschen zu Flüchtlingen macht.
Die westlichen Großmächte sind maßgeblich für den Dauer-Krieg im Irak seit 2003 und für den in Syrien seit 2011 verantwortlich. Es war ebenfalls Trump, der letzten Oktober die syrischen Kurden zugunsten Erdogans hat fallen lassen und damit die jüngste militärische Eskalation in Nordsyrien ausgelöst hat… die allein in den vergangenen Wochen weitere hunderttausende Syrer gezwungen hat, unter Bombenhagel ihre zerstörten Orte zu verlassen und an die türkische Grenze zu fliehen.

Ja, es ist die Machtpolitik der imperialistischen Staaten, die Chaos und Gewalt über den Planeten bringt. Von ihr geht die Bedrohung für uns alle aus – nicht von ihren Opfern, den Flüchtlingen.

China: Zwangsarbeit für VW und Co.

Wie eine australische NGO jetzt bekannt gemacht hat, beuten chinesische Zulieferer von 83 großen westlichen Marken uigurische Gefangene als Zwangsarbeiter aus.

Die Bevölkerungsgruppe der Uiguren ist eine kleine muslimische Minderheit, die vom chinesischen Staat brutal unterdrückt wird. Hunderttausende sind in „Umerziehungslager“ gesperrt worden. Und zu dieser Umerziehung gehört es wohl auch, dass 80.000 von ihnen an Fabriken ausgeliehen wurden, um dort für Zulieferer von Apple, Nike, Zara, Alstom und Volkswagen zu arbeiten – ohne Lohn und unter ständiger Überwachung.

Ihre verschachtelten Lieferketten ermöglichen es den westlichen Konzernen, die Augen vor dieser Sklaverei zu verschließen und vor allem nichts dagegen zu unternehmen. Ganz nach dem Motto: „Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß“ – Hauptsache, die Gewinne fließen.

real: Der Metro-Konzern und die Großaktionäre müssen zahlen!

Vor drei Wochen hat der Metro-Konzern die Kaufhauskette real an den Finanzinvestor SCP verkauft.
Dieser will mindestens 30 Filialen schließen und damit bis zu 3.000 Arbeitende entlassen. 650 haben sogar schon ihre Kündigung erhalten.

Weitere 190 real-Märkte will SCP an Edeka, Kaufland oder Lidl verkaufen. Viele dieser Märkte werden dann erstmal für viele Monate geschlossen und umgebaut – und deren Verkäuferinnen damit ebenfalls entlassen.

Insgesamt 10.000 real-Beschäftigte, die oftmals Jahrzehnte für den Metro-Konzern malocht haben, drohen laut der Gewerkschaft ver.di in Arbeitslosigkeit und vielleicht in Armut zu rutschen.



Der Metro-Konzern und seine Großaktionäre wollen sich durch den Verkauf aus der Verantwortung stehlen. Dabei haben sie über Jahrzehnte an den real-Beschäftigten verdient. Allein die beiden ehemaligen Hauptaktionäre Haniel und Schmidt-Ruthenbeck zählen heute zu den reichsten 50 Familien in Deutschland.

Ein winziger Bruchteil dieses Vermögens reicht, um allen Betroffenen den Lohn weiterzuzahlen, bis sie eine neue Arbeit finden oder in Rente gehen können!

Brasilien: Streik gegen Entlassungen und Privatisierungspläne

Seit dem 1. Februar haben in Brasilien 21.000 Arbeiter der staatlichen Ölfirma Petrobras auf Ölplattformen, Terminals, in Raffinerien und Kraftwerken gestreikt.

Der Auslöser war die Ankündigung von Petrobras, eine Fabrik zu schließen, in der 400 Arbeiter von Petrobras und 600 von Subfirmen arbeiten. Der Streik richtete sich gegen die Entlassung der 1.000 Kollegen, aber auch gegen die Pläne des rechtsextremen Präsidenten Bolsonaro. Der ist nämlich dabei, den staatlichen Ölkonzern zu zerstückeln und will die Einzelteile an private Großkapitalisten verscherbeln – was Massenentlassungen, unsichere und drastisch schlechtere Arbeitsbedingungen zur Folge hätte, sowie höhere Öl- und Gaspreise für die Verbraucher.

Die Streikenden fordern im Gegenteil, das staatliche Öl und Gas fast zum Selbstkostenpreis im Inland zu verkaufen – was halb so viel wäre wie der jetzige Preis und insbesondere für Arbeiterfamilien und selbstständige LKW-Fahrer eine große Erleichterung wäre.

Als der Streik auch nach drei Wochen weiterging und sich auch noch LKW-Fahrer einiger Hafenstädte anschlossen, ließ Bolsonaro ihn verbieten, was nach dem Streikrecht eigentlich gar nicht geht.

Ein weiterer Beweis dafür, wie dieser rechtsextreme Präsident mit Arbeitern und ihren Rechten umgeht.

Die Arbeiter setzten nun ihre Proteste auf anderen Wegen fort. Sie sind sich bewusst, dass der Kampf gegen die Privatisierung erst begonnen hat.

Fußball: Ein Abbild ihrer Gesellschaft

Über Vereine und Ligen hinweg haben Fußball-Fans in den letzten Wochen gegen Kollektivstrafen wie Aussperrungen aus dem Stadion und Spielunterbrechungen protestiert.

Die Fans waren besonders empört, weil der erzkonservative DFB nie Strafen verhängt, wenn ein schwarzer Spieler auf dem Feld ist und von der Tribüne Affenlaute gerufen oder Bananen geschmissen werden. Und auch niemals aus Respekt ein Spiel unterbrechen würde, wenn ein Fan zusammengebrochen ist und reanimiert werden muss.
Aber wenn der Multi-Milliardär und ehemalige SAP-Chef Hopp, der mit hunderten Millionen Euro die TSG Hoffenheim von der Kreisliga in die 1. Liga befördert hat, (in der beim Fußball leider üblichen Weise) beleidigt wird und dafür Vergeltung fordert, dann ist dem DFB keine Maßnahme zu hart.
Ein weiterer Beweis dafür, dass im Profifußball wie in jedem kapitalistischen Unternehmen nur das große Geld regiert – und die, die es besitzen. Wofür gerade Hopp seit Jahren als Symbolfigur steht.

Doch diesmal hat dieser Großkapitalist mit seiner Selbstherrlichkeit und dem Fußball-Establishment zu seinen Diensten für etwas Bemerkenswertes gesorgt: Er hat Fangruppen, deren Rivalitäten unüberwindlich schienen, in einem gemeinsamen Protest vereint.



Das Verantwortungsgefühl ist nicht gleich verteilt…

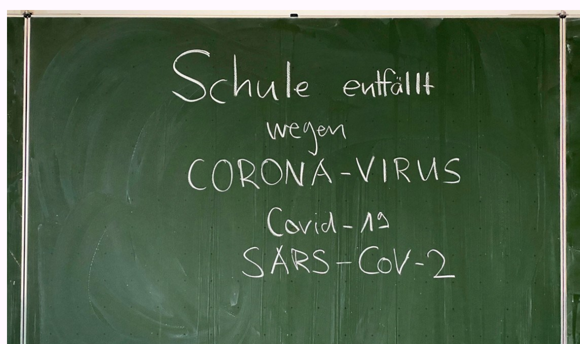
Aus Kostengründen wird für die meisten, die in Kontakt mit einem Corona-Infizierten oder in Risikogebieten waren, keine Quarantäne angeordnet. Statt offiziell von der Arbeit freigestellt zu werden und weiter Lohn zu bekommen, wird den Betroffenen nur „empfohlen“, auf eigene Kosten in Quarantäne zu bleiben.

Viele der Betroffenen haben mehr Verantwortungsgefühl als der Staat und bleiben trotzdem zuhause… falls sie Urlaub bekommen. Ansonsten müssen sie arbeiten gehen.

Schon jetzt, wo die Epidemie erst begonnen hat, steht der Geiz von Firmen und Staat einer ernsthaften Bekämpfung der Ausbreitung entgegen.

* * * * * * * * *

…die Solidarität auch nicht



All die Eltern der Kinder, deren Schulen und Kitas wegen Corona geschlossen wurden, werden ebenfalls nicht bezahlt von der Arbeit freigestellt. Sie müssen sich Urlaub nehmen oder sonst irgendwie die Betreuung organisieren.

Arbeiter, die zum Beispiel von den abgesagten Messen und Veranstaltungen betroffen sind, bekommen im „besten“ Fall Kurzarbeitergeld, also gerade mal 60% vom Nettolohn. Doch gerade in diesen Branchen arbeiten sehr viele auf Stunden- und Auftragsbasis und bekommen gar nichts. Sie alle stehen mit ihren Sorgen alleine dar.

Stattdessen gibt es „unbegrenzte finanzielle Hilfen“ für die Unternehmer, vor allem für die großen. Und CDU und FDP erklären außerdem ernsthaft, sie wollten all denen, die durch Corona besonders belastetet sind, dadurch helfen… dass sie den Soli für die 10% Reichsten in Deutschland abschaffen!?

Auch in einer Epidemie bleiben CDU und FDP sich treu: Ihre Solidarität gilt einzig den Kapitalisten und Reichen.

Anschlag von Hanau: Die Amnesie von CDU und FDP

Am 19. Februar hat ein rechtsradikaler Attentäter zehn Menschen ermordet, einfach deshalb, weil sie Migranten waren. Die Besucher zweier Shisha-Bars fielen ihm zu Opfer.

Und er ist kein Einzelfall: Nur wenige Tage vorher wurden 12 Männer verhaftet, die eine rechtsradikale Terrorgruppe gegründet und ebensolche Anschläge auf Migranten, Muslime und Politiker geplant hatten wie der Täter von Hanau. Ganz zu schweigen von dem Attentäter auf die Synagoge in Halle, von all den entdeckten rechtsradikalen Zellen in der Polizei, von den rechtsradikalen „Bürgerwehren“, die ganze Stadtteile und Dörfer verunsichern…

Alle anderen Parteien haben nach dem Anschlag darauf hingewiesen, dass die AfD mit ihrer Hetzpropaganda gegen alle Migranten und insbesondere Muslime die Hauptverantwortung für das Erstarken dieser Kräfte trägt. Dass sie die geistigen Brandstifter sind.

Ja, die AfD, ihre Propaganda und ihre Wahlerfolge ermutigen diese Rechtsradikalen, zur Tat zu schreiten. Und nicht zuletzt deshalb ist die AfD eine Gefahr!

Doch wie glaubwürdig klingt diese Warnung aus dem Mund einer CDU oder FDP? Kein Wort verloren sie darüber, dass sie nur vierzehn Tage vorher in Thüringen mit eben dieser AfD einen Pakt geschlossen hatten, um sich als Landesregierung wählen zu lassen. Und dass sich bereits ein nicht geringer Teil der CDU durchaus vorstellen kann, zukünftig mit der AfD zu regieren.

Nach Hanau wollten CDU und FDP mit ihrer lautstarken Kritik an der AfD auch ihre eigene Verantwortung vergessen machen. Wir aber dürfen sie nicht vergessen. Denn gerade die Episode in Thüringen hat deutlich gezeigt, dass wir uns – um uns vor dieser gefährlichen Rechtsentwicklung zu schützen – auf keinen Fall auf die herrschenden Parteien verlassen dürfen.

Ganz ‚normale‘ Geschäfte

Der Witz: „Tausche iPhone gegen eine Flasche Desinfektionsmittel“, der zurzeit kursiert, ist leider fast wahr. Die Preise für Atemschutzmasken und Desinfektionsmittel sind explodiert – gerade jetzt, wo sie durch Corona dringend gebraucht werden.

Es ist widerlich, wie Firmen sich an einer solchen Notlage bereichern und die ganze Gesellschaft erpressen. In solchen Momenten wird besonders deutlich, wie verbrecherisch ihr Gesellschaftssystem ist, wo private Kapitalisten ganz allein über den Preis lebenswichtiger Güter entscheiden dürfen – und diese nur an die verkaufen, die sich die Preise leisten können.

Flaschenpost.de: Wir liefern Ausbeutung

Der Getränkelieferdienst Flaschenpost.de hat in den letzten Wochen 15 Arbeitern in seiner Düsseldorfer Filiale gekündigt, weil sie einen Betriebsrat gründen wollten.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter dort wollen sich zusammentun, um endlich etwas gegen die ausbeuterischen Arbeitsbedingungen zu unternehmen: gegen die Niedriglöhne (nur knapp über dem Mindestlohn), den extrem stressigen Akkord, die zum Teil willkürlich angeordneten Arbeitszeiten und abgelehnten Urlaubsanträge, die Arbeitskleidung, die man gegen Kaution bekommt… Und als erstes wehren sie sich nun gegen ihre Kündigung.

Flaschenpost.de, dieses „innovative“ Start-Up-Unternehmen, will seine Arbeitenden wie im 19. Jahrhundert ausbeuten dürfen, ohne jede kleinste Einschränkung. Mit den Entlassungen wollten sie alle Arbeitenden einschüchtern und an ihren Platz verweisen. Doch es scheint nicht unwahrscheinlich, dass gerade ihre empörenden Methoden das Gegenteil bewirken.

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -
Postfach 10 08 02 - 45008 Essen
E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de
Telefon: 0151-55570980
www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren: für 13 € pro Jahr!